

Kommunale Außenpolitik:

Wuppertal als Vorreiter der europäischen Städtepartnerschaftsbewegung

*

Vortrag von Prof. Dr. h.c. Ernst-Andreas Ziegler beim Symposium „Städtepartnerschaften in Europa“ der Bergischen Universität und der Stadt Wuppertal

Städtepartnerschaften, und die Uni-Partnerschaften beziehe ich ausdrücklich ein, sind die erfolgreichste Friedensbewegung Europas. Daran haben Wuppertal und seine Partnerstädte großen Anteil.

Diese Friedensbewegung hat sich, in ihrer Bedeutung weitgehend auf Europa begrenzt, als „Kommunale Außenpolitik“ zu einer eigenständigen vierten Säule der Außenpolitik entwickelt- in Ergänzung zur klassischen Diplomatie, zu den Wirtschaftsbeziehungen und zu den Kulturkontakten.

Wer sich grundsätzlicher mit dieser Kommunalen Außenpolitik beschäftigt, analysiert eine Mischform von offiziellen und persönlichen Beziehungen. Sie umfasst nahezu sämtliche Lebensbereiche. Sie war besonders erfolgreich, wo die große Politik nicht weiterkam oder gar versagte.

Kommunale Außenpolitik schöpft aus drei Kraftquellen. Zum einen aus dem Selbstbewusstsein und dem kosmopolitischen Denken von Bürgermeistern, Stadtverordneten und Verwaltungsmitarbeitern. Zum anderen aus dem festen Willen von Bürgern, selbst einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Zum Dritten aus Unzufriedenheit mit der Politik.

Diese Kommunale Außenpolitik hat als Friedensbewegung wahre Wunder bewirkt. Sie hat Nationalismen als politische Pest entlarvt und großen Anteil am Zusammenwachsen der Menschen und Staaten in Europa. Israel wurde, ebenso eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust, in den Siebzigern einbezogen.

Diese europäische Städtepartnerschaftsbewegung lebte und lebt von „Kümmerern“, die sich aktiv einbringen. Ihre Erfolgsgeschichte ist die Erfolgsgeschichte von Menschen.

*

Angefangen hat das vor genau 60 Jahren nicht in Wuppertal, sondern auf der ersten deutsch-französischen Bürgermeisterkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg 1950 in Stuttgart. Dort hatten sich die Bürgermeister zweier Städte kennengelernt, die im Zeitalter der europäischen Kleinstaaterei eine Zeit lang den selben Herrscher hatten – nämlich Ludwigsburg und Montbeliard an der Pforte zu Burgund, das unter dem Namen Mömpelgard zwischen 1397 und 1793 zu Württemberg gehörte.

Louis Tharradin, der französische Bürgermeister, hatte im Zweiten Weltkrieg im Untergrund gegen die deutschen Besetzer gekämpft und war von den Nazis ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt worden, sein deutscher Kollege Elmar Doch war deutscher Soldat in Frankreich. Beide waren sich einig geworden – so ein Zitat aus einem Schriftwechsel-, „in der Finsternis der heutigen Zeit“ einen neuen Weg gegenseitigen Verstehens zu suchen. Dies hielten sie auf der Ebene von direkten Bürgerkontakten für besonders erfolgversprechend.

Ihr persönliches Credo hieß:

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist die Sicherung des Friedens. Diese Aufgabe ist von derart immenser Bedeutung, dass die Bürger sie nie mehr allein den Politikern überlassen dürfen. Wir, die Bürgermeister, wollen dabei Vorbilder sein!

Dass Ludwigsburg an der Wiege der Städtepartnerschaftsbewegung stand, war kein Zufall. Dort wurde bereits 1948 das Deutsch-Französische Institut gegründet, von so bedeutenden Persönlichkeiten wie Theodor Heuss und Carlo Schmid. Ihnen war sehr an einer Aussöhnung mit dem französischen Nachbarn gelegen.

Damals wurde jedoch nicht nur in Ludwigsburg und in Montbéliard über so etwas wie Städtepartnerschaften nachgedacht. Gleichzeitig oder nur wenig später wechselten die Vertreter mehrerer deutscher, französischer oder britischer Kommunen ähnliche Briefe. Die Sehnsucht nach Versöhnung und einem endgültigen Nein zu den Jahrhunderte langen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa beherrschte die Überlebenden des grässlichen Weltkrieges. Es war die richtige Zeit für eine große Idee. Die Menschen wollten sich nie mehr von politischen Verführern aufeinander hetzen lassen!

*

Warum wurde ausgerechnet Wuppertal zum Vorreiter der Europäischen Städtepartnerschaftsbewegung?

Dazu folgende Vermutungen:

1. Trotz bergischer Bodenständigkeit und einstiger pietistischer Selbstbezogenheit dachten und handelten viele Menschen im Tal der Wupper seit Generationen kosmopolitisch. Das hatte vor allem ökonomische Gründe. Sie mussten, um ihre Produkte abzusetzen, nahezu weltweit Handelsbeziehungen pflegen, was großen Einfluss auf die politische Kultur daheim hatte. Lokalpatriotische Kleingeisterei zwischen den damals selbstständigen und selbstbewussten Kommunen im Tal der Wupper leistete man sich trotzdem. Typisch ist eine Geschichte, die Johannes Rau von einem Barmer Fabrikanten erzählte, der gerade von einer Geschäftsreise nach New York zurückgekommen war und auf die Frage, wie es ihm gefallen habe, antwortete: „Das war wie in Elberfeld, ich kannte keinen Menschen.“ Zu jener Zeit hätte sich eine Städtepartnerschaft zwischen den beiden Großstädten im Tal der Wupper gelohnt.
2. Im Tal der Wupper wird seit Generationen und noch immer ausdauernd über Politik und Weltanschauung gestritten – über den richtigen Weg nach dem Woher und Wohin, einschließlich des irdischen Diesseits und des himmlischen Jenseits. Zudem ist bürgerschaftliches Engagement sehr ausgeprägt, ist man traditionell neugierig und offen gegenüber anderen Menschen und Kulturen.
3. Wuppertal hatte unter dem Krieg schrecklich gelitten, was auch denen die Augen öffnete, die den Nationalsozialisten auf den Leim gegangen waren. Die Sehnsucht nach „nie wieder Krieg“ war an der Wupper ebenso drängend wie – geschildert - in Montbéliard und Ludwigsburg.
4. Mit Johannes Rau und Hans-Dietrich Genscher agierten während der Blütezeit der Städtepartnerschaften in den Siebzigern, Achtzigern und Neunzigern in Wuppertal zwei herausragende Staatsmänner, die zum aktiven Bürgerengagement bei Städtepartnerschaften ausdrücklich ermutigten – anfangs sogar gegen Staatsrechtler

und Verfassungsjuristen, die auf die strikte Beachtung von Artikel 32, Absatz 1, des Grundgesetzes pochten, wonach die Pflege der auswärtigen Beziehungen zu auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Bundes sei. Und die den Städten kommunale Kompetenzüberschreitung vorhielten. Wuppertal hatte mit seinen Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Oberstadtdirektoren an der Rathauspitze mutige und in die Zukunft gerichtete Persönlichkeiten, die über den Kirchturm beziehungsweise die das Wuppertal einengenden Höhenzüge blickten. Zusätzlich sei angemerkt, dass Wuppertal – im Gegensatz zu manch anderen Kommunen - die Zahl seiner Städtepartnerschaften nicht inflationierte. Die Zahl der Städteverbindungen hatte operativ steuerbar und den Bürgern vermittelbar zu bleiben.

5. Ob Städtepartnerschaften „funktionieren“, hat oft damit zu tun, ob die Stadtpitze überzeugend dahintersteht. Sie hat Weichen zu stellen und Rahmenbedingungen vorzugeben. Der wahre Erfolg hängt jedoch vom aktiven Engagement der Bürger selbst ab. In Wuppertal trugen vor allem engagierte Kümmerer an der Spitze von Freundeskreisen oder Vereinen die Idee der Städtepartnerschaftsbewegung.

*

Wuppertals älteste Städtepartnerschaft ist die zu South Shields, heute South Tyneside. Initiiert wurde sie 1950 von einem britischen Offizier, der nach dem Krieg zur Umerziehung junger Menschen nach Wuppertal abkommandiert wurde. Er schlug den ersten Jugendaustausch mit seiner Vaterstadt South Shields vor. Das hielt er für erfolgreicher als Umerziehungskurse wie sie sich seine Vorgesetzten der Rheinarmee vorstellten. Daraus wurde eine beispielhafte Erfolgsgeschichte. Sie überstand selbst eine Verwaltungsneugliederung in England, bei der South Shields in South Tyneside aufging. Bevor das allerdings passierte, fasste der souveräne und selbstbewusste Stadtrat von South Shields noch einen wichtigen Beschluss. Er ernannte – stellvertretend für alle Wuppertaler Bürger – den damaligen Wuppertaler Oberbürgermeister Gottfried Gurland zum Ehrenbürger und verlieh ihm das Privileg, seine Schafe auf den öffentlichen Grasflächen weiden zu lassen. Stellvertretend für viele junge Wuppertaler, die South Tyneside lieben gelernt haben, möchte ich einen Oberstufenschüler aus einer 12. Klasse eines Gymnasiums nennen, der kurz vor dem Abitur in Englisch auf der Kippe stand. Er wurde von der Stadtverwaltung South Tyneside als Liegestuhl-Verleiher am Nordseestrand beschäftigt. Es hat ihm geholfen. Ähnliche Beispiele gibt es viele. Doch Scherz beiseite: Trotz enormer Struktur- und kommunaler Finanzprobleme haben South Tyneside und Wuppertal bis heute unverrückbar zueinander gestanden.

*

Dass die Generationen lang auf beiden Seiten behauptete „Deutsch-Französische Erbfeindschaft“, die das Leben von Hunderttausenden gekostet hat, ein für alle Mal als übelste Propagandalüge entlarvt wurde, und dass Deutsche und Franzosen – erst recht junge Leute - gemeinsam Europa zusammenhalten... – auf diesem Politikfeld war die vor 50 Jahren begründete Städtepartnerschaft zwischen St. Etienne und Wuppertal äußerst hilfreich.

Darüber ist bei diesem Symposium noch Konkretes zu hören – von Prof. Pfeil oder vom Ehepaar Brinkmann- er ein Lehrer aus Wuppertal, sie eine Lehrerin aus St. Etienne. Sie sind beileibe nicht das einzige Paar, dass über die Wuppertaler Städtepartnerschaften zusammenfand.

Spektakuläre Ereignisse in dieser Städteverbindung waren neben dem seit einiger Zeit schwächeren Schüleraustausch, der hoffentlich bald wieder zu früherer Bedeutung gelangt, sechs oder sieben Eurojog`s mit internationaler Beteiligung – über zwei Wochen dauernde Langstrecken-Rennen quer durch Europa – und der Transport einer ausrangierten

Schwebebahn. Letzteres war wie ein Circus, der von Stadt zu Stadt durch Europa reiste – eine überaus wirksame Marketing-Aktion für beide Städte.

Für St. Etienne allerdings – wir Wuppertaler hatten uns das vorher nicht richtig überlegt – bedeutete dieses Geschenk nicht nur Freude, sondern auch ein Problem: der Schwebebahnwagen, schließlich auf-, ab- und ausgestellt auf dem St. Etienner Messegelände, erfüllte lange seinen Zweck als Wahrzeichen der Städtepartnerschaft. Doch er rostete übel. Ihn in Schuss zu halten, hat die französischen Freunde finanziell belastet und genervt. Als wir nach Jahren dahinterkamen, dass St. Etienne den Schwebebahnwagen als schwere Freundschaftslast empfand, schlugen wir – heimlich – die diskrete Entsorgung vor.

Eine wirklich kritische Phase gab es in dieser Städteeehe in einem ganz anderen Zusammenhang, und sie ist typisch für das, was in der Kommunalen Außenpolitik ausdrücklich tabu ist; nämlich Reaktionen auf politische oder parteipolitische Verhältnisse in der jeweils anderen Stadt – also Einmischung. Nachdem in St. Etienne ein kommunistischer Bürgermeister gewählt worden war, wollte der an die Stelle von Wuppertal lieber eine kommunistisch regierte Stadt in Algerien setzen. Daraufhin gab es in St. Etienne eine Art Bürgeraufstand; die lokalen Medien waren voll von Protest-Leserbriefen. Obwohl das eine heikle Mission war, reisten wir - der damalige Wuppertaler Bürgermeister Kurt Drees und ich – kurzentschlossen zu einer Art SOS-Visite in die Partnerstadt. Als wir ankamen, war der Sturm im Wasserglas schon fast wieder beigelegt. Der neue Bürgermeister hatte den Protest der Wuppertal-Freunde in der eigenen Stadt verstanden. Von Stund an war er ein engagierter Freund dieser Partnerschaft. So ist das manchmal in der Politik.

*

Dass Wuppertal auch eine Städtepartnerschaft zu einem Berliner Bezirk, also zu Berlin-Schöneberg, einging, war zur Zeit des Kalten Krieges eine politische Solidaritätsbezeugung – notwendig und richtig. Warum es allerdings Schöneberg und kein anderer Bezirk wurde, war der Wuppertaler Rathaus-Überlegung geschuldet, dass dort, als die ersten Gespräche geführt wurden, im Gegensatz zu St. Etienne und South Shields keine „linke“ Stadtregierung im Amt war, sondern ein konservativer CDU-Bürgermeister. Doch wie das Leben, auch das politische, manchmal so spielt: Als der Vertrag 1964 offiziell unterschrieben wurde, hatte es Neuwahlen gegeben, bei dem auch dort ein sozialdemokratischer Bezirksbürgermeister siegte. Die Wuppertaler CDU trug es mit Fassung.

*

Kurze Zäsur! An dieser Stelle möchte ich jene Patenschaften ansprechen – nicht Teil der europäischen Partnerschaftsbewegung, aber häufig mit ihr verwechselt-, die in den fünfziger Jahren von nahezu allen deutschen Kommunen über Städte, Dörfer und Kreise der verlorenen deutschen Ostgebiete eingegangen wurden. Das war im Kalten Krieg offizielle Bundespolitik.

Wuppertal hatte sich verpflichtet, die Patenschaft über das schlesische Liegnitz zu übernehmen und die aus dieser Stadt Vertriebenen zu unterstützen. Dazu wurde im Presseamt der Stadt die „Heimatkreisbetreuungsstelle Liegnitz“ eingerichtet, die zum Beispiel auf der Basis erhaltener Meldelisten aus Liegnitz Geburtsurkunden ausstellte, aber auch vielfach humanitäre Hilfe für in Not geratene Menschen leistete.

Diese Patenschaft, das war in jenen Jahren politischer Wille, sollte bis zu jenem Zeitpunkt wirksam sein, an dem Liegnitz wieder deutsch werde. So wurde es in der Patenschaftsurkunde festgehalten. Heutzutage unvorstellbar.

Mit der Ostpolitik von Willy Brandt und den Deutsch-Polnischen Verträgen wurde diese Vorstellung obsolet. Deshalb versuchten wir 1974, in der Rückschau war das politisch abenteuerlich naiv, neben diese Patenschaft eine Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadtregierung von Liegnitz, das nun Legnica hieß, zu begründen. Streng vertraulich mit dem letzten deutschen Oberbürgermeister von Liegnitz abgestimmt, führten wir Geheimverhandlungen mit der Polnischen Botschaft in Köln. Die Gespräche schienen anfangs sogar erfolversprechend. Nach einigen Monaten wurden sie von der polnischen Seite abrupt in einem sehr schroffen, weil natürlich abgehörten und protokollierten Telefonat mit mir beendet. Offensichtlich hatte es ein Veto der Sowjets gegeben. Einige Monate später wurde ich in der Deutschland-Ausgabe der weltweit verbreiteten Zeitschrift „Polen“ als „amicus poloniae“ ausgezeichnet. Das Ehrenzeichen kam ohne Begründung in einem Postpäckchen.

Was wir in jenen Jahren nicht wussten: Wir hätten uns keine aus der Sicht der Sowjets ungeeignere Stadt aussuchen können. In Liegnitz befand sich das Hauptquartier der Roten Armee als wichtigster strategischer Vorposten gen Westen. Soweit zur Abgrenzung von Städtepatenschaft und Städtepartnerschaft.

*

Das größte Wunder, und hier hat Wuppertal das erste Mal in der europäischen Kommunalen Außenpolitik eine herausragende Pionierfunktion übernommen, war 1977 der Abschluss des ersten Freundschaftsvertrages zwischen einer israelischen und einer deutschen Großstadt, eben zwischen Beer Sheva und Wuppertal. Das war eine politische Sensation, beachtet in vielen Ländern der Welt.

Wichtigster Initiator war der damalige Wuppertaler Stadtdirektor und spätere NRW-Staatsminister Dr. Rolf Krumsiek, der sich in seiner früheren Tätigkeit als Finanzdezernent des Deutschen Städtetages mit dem Stadtkämmerer von Beer Sheva, Avigdor Hecht, angefreundet hatte.

Obwohl intensiv von Ministerpräsident Johannes Rau und Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher unterstützt, wurden die Chancen für positive Gespräche mit Beer Sheva als fast aussichtslos bewertet. Trotzdem fuhr eine Wuppertaler Delegation unter Führung von Oberbürgermeister Gottfried Gurland nach Beer Sheva.

Zu jener Zeit gab es lediglich eine deutsch-israelische Städteverbindung zwischen Andernach und Dimona. Sie war bereits ein sehr wichtiger Anfang. Doch was Aktivitäten betrifft, war sie mehr eine kommunale Dreieckspartnerschaft auf dem Papier, zu Stande gekommen in Frankreich auf Veranlassung des Bürgermeisters einer französischen Gemeinde, die sowohl zu Andernach als auch zu Dimona eine Partnerschaft pflegte.

Die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Eliahu Navi waren höchst kompliziert. Hilfreich, vermutlich sogar entscheidend, war die Unterstützung seiner aus dem Saarland stammenden Frau Bruria. Dem in ganz Israel angesehenen und populären Politiker war die geschichtliche Dimension der Gespräche bewusst. Er benötigte die Zustimmung seiner Ratsmehrheit.

Im Rat der Stadt Beer Sheva leisteten Überlebende deutscher Konzentrationslager zunächst leidenschaftlich Widerstand. Erst als nicht über Vergangenheit und Gegenwart, sondern über die Zukunft gesprochen wurde, konnten sich beide Seiten auf den Schwerpunkt Jugendaustausch verständigen. Ich werde diese Verhandlungen nie vergessen. Ihre Bedeutung ging weit über kommunales Handeln hinaus. Sie wurden vielmehr zum Durchbruch für eine Vielzahl weiterer deutsch-israelischer Problem- und Handlungsfelder.

Die Freundschaftsvereinbarung zwischen Beer Sheva und Wuppertal wurde Vorbild für den Abschluss vieler weiterer deutsch-israelischer Städtepartnerschaften. Etwa 35 deutsche Städte ließen sich von Wuppertal beraten.

Damit es einigen Ratsmitgliedern von Beer Sheva leichter fiel, einem Vertrag mit einer deutschen Behörde zuzustimmen, wurde für jede Seite ein persönlich Verantwortlicher für die praktische Umsetzung der Vereinbarungen benannt. Für Beer Sheva der damalige Stadtdirektor Moshe Shafrir, für Wuppertal ich.

Der in Polen geborene Moshe Shafrir, der gut Deutsch sprach, übernahm diesen Auftrag sehr zögerlich. Er, ebenfalls ein Überlebender des Holocaust, hatte seinem Oberbürgermeister von der Partnerschaft abgeraten. Seine Ehefrau Rina war in Polen von katholischen Ordensschwwestern vor den Deutschen gerettet worden- lange eingemauert in einem Turm. Sie hatte anfangs so gar Probleme, mit mir Englisch zu sprechen. Doch die Zeit half. Das Ehepaar Shafrir und ich wurden enge Freunde. Rina Shafrir brach später aus Überzeugung das Gelübde, nie mehr Deutsch zu sprechen (sie konnte es ebenfalls gut) und nie nach Deutschland zu reisen. Sie begleitete ihren Mann nach Wuppertal. Als ihr Mann nach einigen Jahren einem Herzinfarkt erlag, wollte die Stadt Beer Sheva ihn mit einer Trauerfeier im Ratssaal ehren, wie dort üblich vier Wochen nach der Beerdigung anlässlich der Grabsteinsetzung. Sie und ihr Sohn machten ihre Teilnahme an der Trauerfeier davon abhängig, dass ich in deutscher Sprache eine Trauerrede halte. Zunächst abgelehnt, setzte die Familie diese Forderung durch.

Auch diese sehr persönliche Entscheidung zeigt auf, dass die Städtepartnerschaft zwischen Beer Sheva und Wuppertal zu einer entscheidenden neuen Verständnisbrücke zwischen Israelis und Deutschen wurde. Motto: Freunde reden Tacheles.

*

Waren in der europäischen Städtepartnerschaftsbewegung (bis auf die Partnerschaften zu den Berliner Bezirken) die Initiativen für neue Partnerschaften von unten – also von Bürgern und Bürgermeistern – und ohne Einschaltung der jeweiligen Regierungen ausgegangen, änderte sich das 1979. Wuppertal war wiederum beteiligt.

Initiator war Hans-Dietrich Genscher, der 25 Jahre lang in Wuppertal für den Deutschen Bundestag kandidiert hat. Zur frostigsten Zeit des Kalten Krieges trafen sich –vertraglich vereinbart - der deutsche Außenminister und sein tschechoslowakischer Kollege Chnoupek einmal im Jahr zu offiziellen Gesprächen.

Doch in jener Zeit waren selbst für Hans-Dietrich Genscher, dem Erfinder der „Politik der vertrauensbildenden Maßnahmen“, oft die Hände gebunden. Die politischen Rahmenbedingungen wurden vom Kreml und vom Weißen Haus bestimmt.

Was konnte in solcher Situation der deutsche Gastgeber seinem vom eigenen Geheimdienst kontrollierten tschechoslowakischen Kollegen bieten? Antwort: offizielle Besuche in Trier auf den Spuren von Karl Marx und in Wuppertal auf denen von Friedrich Engels.

Beim städtischen Empfang im Wuppertaler Rathaus wurde den beiden Außenministern „Wicküler Pils“ gereicht; das gab's damals noch. Als Genscher seinem Kollegen erläuterte, die Wicküler-Brauerei sei weltweit die erste gewesen, die außerhalb von Pilsen ihr Bier nach Pilsener Brauart hergestellt habe, dachten beide über eine Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und der Tschechoslowakei nach.

Wir Wuppertaler glaubten an einen Austausch höflicher, diplomatischer Floskeln, die in jener Zeit niemals Wirklichkeit werden würden, doch einige Wochen später kamen die Tschechoslowaken ernsthaft auf diese Überlegung zurück. Wobei wir im Wuppertaler Rathaus an Pilsen oder Brünn dachten. Als es dann Kosice wurde, mussten wir erst einmal in einen Atlas schauen. Wo liegt das?

Auf die Gespräche in Kosice waren wir dann allerdings sehr gründlich vorbereitet. Weil bislang in allen sozialistischen Staaten auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs unter Städtepartnerschaften etwas völlig anderes verstanden wurde, also nur Besuche von Funktionären gemeint und direkte Bürgerbegegnungen ausgeschlossen waren, fuhren wir mit sehr geringen Erwartungen zum ersten Mal nach Kosice.

Im Vorfeld hatten sich die Wuppertaler Politiker parteiübergreifend verständigt, sich in Kosice nicht festzulegen. Deshalb wurde ich bestimmt, „Vor-Verhandlungen“ zu führen und einen Verwaltungsvorschlag zu erarbeiten, über den die Politik dann in Ruhe entscheiden wollte. Mit Oberstadtdirektor Dr. Krumsiek stimmte ich die Strategie vor Ort permanent ab, um dabei nicht abgehört werden zu können, machten wir das ein oder zwei Mal pro Tag beim Lauftraining im Wald. Krumsiek informierte dann jeweils Oberbürgermeister Gurland und beide die übrigen Delegationsmitglieder.

Für Kenner der damaligen politischen Situation zwischen Ost und West verliefen die Gespräche überraschend positiv. Unsere Kosicer Partner wollten umgehend einen in Prag gefassten ZK-Beschluss umsetzen.

Zum Abschluss des Besuches signierten die Kosicer und Wuppertaler Politiker den Vertragsentwurf mit konkreten Vorschlägen für vielfältige konkrete Begegnungen: Jugendaustausch, Schüleraustausch, Familienunterbringung, Konzerte, Wochen der slowakischen und deutschen Küche, Uni-Partnerschaft, Sportbegegnungen. Das hatte es zwischen Ost und West noch nicht gegeben!

Das alles wurde später auch konkret umgesetzt. Der wichtigste Kümmerer auf Kosicer Seite war der spätere slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster, zu jener Zeit erst technischer Dezernent, dann Oberbürgermeister (Primator).

In der Rückschau hat diese Städtepartnerschaft den Eisernen Vorhang massiv durchlöchert. Jeder Kommunist, der nach Wuppertal fuhr- und hatte er eine noch so hohe Funktion - kehrte völlig verändert nach Hause zurück. Die Ostslowaken reizten ihren Entscheidungsspielraum aus. Und sie hielten irgendwie auch jeden Ärger aus. Als der Sohn des Parteisekretärs mit Ehefrau im Westen blieb, als wir nach dem Schicksal eines Arbeiterpriesters im Gefängnis und nach deutschen angeblich nicht existierenden Grabstätten deutscher Soldaten fragten – beide Seiten verhielten sich diplomatisch und halfen...

Herausragende Ereignisse von – politisch – europäischer Dimension waren dann die Freundschaftsläufe zwischen Wuppertal und Kosice unter der Schirmherrschaft der Außenminister und der Ministerpräsidenten Johannes Rau und Franz Josef Strauß. Ehrengäste waren Emil Zatopek und seine Frau Dana, ebenfalls eine Olympiasiegerin, und Zatopeks langjähriger deutscher Konkurrent und Freund Herbert Schade mit seiner Frau Marianne.

In dieser Zeit wuchs eine sehr gute persönliche Beziehung zwischen Johannes Rau und Rudolf Schuster, beide ehemalige Kommunalpolitiker, die auf dem Höhepunkt ihrer politischen Karriere als Staatsoberhäupter gemeinsam mit Hans-Dietrich Genscher viel für die Einigung Europas und die Rückkehr der ostmitteleuropäischen Staaten ins Herz Europas getan haben.

In diese so überaus bedeutsame Städtepartnerschaft zwischen Ost und West war von Anfang an die Uni-Partnerschaft zwischen der Technischen Universität Kosice und der Bergischen Universität eingebunden. Mit begründet von Juraj Sinay, der sowohl die kommunalen als auch die universitären Beziehungen als Lebensaufgabe verstand.

Der Vertrag zwischen Kosice und Wuppertal wurde in den Warschauer Paktstaaten genau analysiert. *

Wuppertals Werben um eine Partnerstadt in der DDR war viele Jahre lang immer wieder abgelehnt worden. Die SED fürchtete die Konsequenzen direkter Bürgerkontakte.

Das änderte sich erst, als Ministerpräsident Johannes Rau im März 1986 zur Beerdigung des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme nach Stockholm reiste. Er stellte dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Frage, warum die SED den Wunsch von Wuppertal, der Vaterstadt von Friedrich Engels, nach einer Partnerschaft mit einer Stadt in der DDR immer wieder ablehne. Wenig später konnten wir uns, beraten von Johannes Rau, Schwerin aussuchen.

Die Verhandlungen zwischen der Wuppertaler Delegation unter Führung von Oberbürgermeisterin Ursula Kraus mit den SED-Funktionären waren viel komplizierter als mit Kosice, voller Tricks und Ausflüchte der anderen Seite. Den Jugend- oder Schüleraustausch konnten wir nur indirekt vertraglich vereinbaren – in der Praxis genügte das dann doch. Im Endergebnis gab es in der Folge trotzdem eine Vielzahl von Partnerschaftsbegegnungen, die auch in diesem Fall den Eisernen Vorhang durchlässiger machten und die, davon bin ich überzeugt, ebenfalls den Zusammenbruch des SED-Regimes mit beschleunigten.

Ebenso wichtig war dann das Wuppertaler Engagement beim Aufbau der neuen demokratischen Strukturen in Schwerin – noch im Dezember 1989 eröffneten wir dort ein Bürgerbüro, halfen dem Runden Tisch, den sich gründenden Parteien, aber auch jedem Bürger, der sich – beispielsweise – selbständig machen oder Rat von einem Wuppertaler Fachkollegen holen wollte.

Symbol für den Aufbruch Schwerins war das Wuppertaler Straßenschild „Zur guten Hoffnung“ gegenüber dem Schweriner Schloss.

Soll man heute, wo es um ganz andere Themen geht, deutsch-deutsche Partnerschaften kündigen? Antwort Nein. Wer in Notzeiten zusammenstand, sollte Freundschaften weiterhin pflegen.

*

1993 war endlich die Zeit reif für Wuppertals polnischen Wunschpartner mit 750jähriger deutscher Geschichte, also Liegnitz. Wuppertal und Liegnitz vereinbarten als erste polnische und deutsche Kommunen in dem für die deutsche Seite von Frau Oberbürgermeisterin Kraus und Oberstadtdirektor Dr. Cornelius unterzeichneten Vertrag neben die frühere „Patenschaft“ eine offizielle Städtepartnerschaft. Auch bei diesem Schritt war Wuppertal Vorreiter, baute mit Liegnitz eine vorher kaum für möglich gehaltene Dialogbrücke zwischen Polen und Deutschland.

Am Anfang allerdings auch hier vermintes Gelände! In Liegnitz, der einst stolzen deutschen Stadt, sprachen nur noch die Steine deutsch. Die kleine deutsche Minderheit war froh, in Ruhe gelassen zu werden. Nach 1945 und der brutalen Vertreibung der deutschen Altbewohner waren vor allem polnische Heimatvertriebene aus den von Russland annektierten Gebieten in Liegnitz angesiedelt worden. Die Angst vor Deutschland und vor deutschen Gebietsansprüchen war überall spürbar.

Das Ergebnis der Vorgespräche, zu denen ich nach Liegnitz gefahren war - natürlich vorbesprochen mit dem Vorsitzenden der Bundesgruppe Liegnitz in der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Kaske- konnte für beide Seiten nicht besser sein. Die polnischen Partner und ich präsentierten unseren Stadtspitzen einen mutigen und sehr anspruchsvollen Entwurf – er wurde dann auch einstimmig beschlossen. Er sah vertraglich die Einbeziehung der deutschen Minderheit in Legnica, der in Wuppertal lebenden Polonia, also der Einwohner mit polnischen Wurzeln, und, vorher nie für erreichbar gehalten, auch der vertriebenen deutschen Altbürger von Liegnitz vor. Dieser Schritt war historisch.

Jahre später hat mir meine Kollegin Janina Lisowska das nur wenige Tage zuvor von der Roten Armee geräumte sogenannte „Quadrat“ gezeigt – ein seit Kriegsende mit einer Mauer umgebenes Stadtviertel von Liegnitz, das kein Pole hatte betreten dürfen.

Hier fand ich nach 19 Jahren eine Erklärung für das einst so ruppige sowjetische Veto auf unsere Bitte von 1974. In einem Saal im zweiten Stock eines Verwaltungsgebäudes, offensichtlich tagte hier der Generalstab, waren auf einer riesigen Wandkarte für den Angriffs- oder Verteidigungsfall wichtige Ziele im Westen vermerkt. Auf Wuppertal zeigten mehrere Pfeile.

*

In der Darstellung der Vorreiterrolle von Wuppertal in der Kommunalen Außenpolitik zur Sicherung des Friedens und zum Zusammenwachsen von Europa ist die Städtepartnerschaft mit Matagalpa in Nicaragua ein Sonderfall. Dennoch: Jeder Euro in eine Städtepartnerschaft mit der Dritten Welt ist eine wichtige Zukunftsinvestition!

*

Schlussbemerkung: Kommunale Außenpolitik entwickelte erstaunliche Kraft speziell in Zeiten politischer Hilflosigkeit. Sie war und ist am stärksten in Krisenzeiten, weil sie gerade dann, wenn Politik nicht weiter weiß, Erstaunliches zu Wege bringt.

Hoffentlich erlahmt ihr Elan nicht in Zeiten wie den jetzigen, wo die wichtigsten Ziele und Sehnsüchte der Gründer der Städtepartnerschaftsbewegung weitgehend erreicht sind. Und wo bei vielen bisherigen Kümmerern ein Generationswechsel ansteht.

Arbeitsfelder sehe ich genug: so in der Überwindung von Vorurteilen zwischen Deutschland den östlichen Nachbarn, so in der Gründung weiterer Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und Kommunen im Nahen Osten, so in den kommunalen Beziehungen zur Dritten Welt.

*

Der Journalist Ernst-Andreas Ziegler war als Presseamtsleiter Jahrzehnte lang verantwortlich für die Städtepartnerschaften von Wuppertal. Die Ökonomische Fakultät der Technischen Universität von Wuppertals slowakischer Partnerstadt Kosice ehrte ihn als Brückenbauer im Dialog zwischen Ost und West vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit dem Ehrendoktor-Titel. Die Laudatio hielt Hans-Dietrich Genscher. Während der Amtszeit des slowakischen Staatspräsidenten Rudolf Schuster war Ernst-Andreas Ziegler sein politischer, ehrenamtlicher Chefberater für die deutsch-sprachigen Länder. Seit 1999 hält er an der Technischen Universität Kosice Vorlesungen zu Politischer Kommunikation und Politischem Marketing. 2005 wurde er dort zum Professor ernannt.